

Österreich erleichtert Anstellung von US-Forschern - Ein Schritt zur Zukunft!

Nationalrat beschließt Gesetz zur leichteren Anstellung von US-Forschern in Österreich; Reaktion auf politische Entwicklungen in den USA.



Nachrichten AG

Vienna, Österreich - Am 16. Juni 2025 beschloss der Nationalrat in Österreich eine bedeutende Gesetzesänderung zur erleichterten Anstellung von Forschern aus den USA an heimischen Hochschulen. Angesichts des steigenden Drucks im US-Wissenschafts- und Hochschulsystem, ausgelöst durch die Politik von Präsident Donald Trump, reagiert die österreichische Regierung proaktiv. Wissenschaftsministerin Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) charakterisierte die Entwicklungen in den USA als dramatisch und kritisierte die massiven Einschnitte bei der Finanzierung sowie die Einschränkungen für internationale Studierende, welche bereits zahlreiche negative Auswirkungen gezeigt haben.

Die neue Regelung sieht vor, dass Universitäten in zehn Prozent der Fälle Professoren ohne langwierige Ausschreibungen einstellen können, während es zuvor nur fünf Prozent waren. Diese Maßnahme wird zunächst bis Ende September 2026 gelten und zeigt die Entschlossenheit Österreichs, internationale akademische Fachkräfte zu gewinnen, während die US-amerikanischen Hochschulen mit internen Herausforderungen konfrontiert sind.

Politische Rahmenbedingungen in den USA

Mehr als 100 Universitäten, Colleges und Forschungsorganisationen in den USA haben Präsident Trump heftig kritisiert. Sie werfen der US-Regierung „beispiellose Übergriffe und politische Einmischung“ vor, die das Hochschulwesen gefährden. Besonders Eliteuniversitäten wie Harvard und Princeton haben ihre Stimme erhoben und eine öffentliche Erklärung unterzeichnet, um gegen die Kürzungen zu protestieren. So wurde Harvard unter anderem mit Kürzungen von 2,3 Milliarden Dollar und der drohenden Entziehung der Steuerfreiheit belastet, was zu einer Klage durch die Universität führte.

Die angespannte Situation wird weiter verschärft durch die Anordnung von US-Außenminister Rubio, die Verfahren für Studentenvisa auszusetzen. Dies führte dazu, dass viele angehende ausländische Studierende, einschließlich deutscher, zögern, in die USA zu gehen. Studieninteressierte äußern Bedenken bezüglich der möglichen Konsequenzen bei Visumsprozessen oder Einreisen, die durch die Politik der Regierung Trumps verschärft werden könnten.

Reaktionen und Rückgänge

Während die Politik in den USA Verunsicherung stiftet, zeigt sich auch in Deutschland eine Besorgnis. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) berichtet von einem spürbaren Rückgang bei Bewerbungen und Stipendien für ein Studium in

den USA. Michael Flacke, ein Sprecher des DAAD, erwähnt eine geringe Anzahl von Rücktritten deutscher Studierender, was die Unsicherheit über das Lernen in den USA widerspiegelt. Ein Student, Georg, der in Washington D.C. studiert, bemerkt Spannungen an seiner Universität und die Angst internationaler Studierender um ihre Studienfinanzierung.

Inmitten dieser Entwicklungen zieht eine Studentin, Natalia, Kanada dem Auslandssemester in den USA vor. Dies zeigt, wie politische Spannungen und Unsicherheiten den akademischen Austausch beeinflussen können. Georg hat sich, trotz aller Bedenken, entschieden, für ein Praktikum in die USA zurückzukehren, was unterstreicht, dass einige Studierende bereit sind, die Herausforderungen zu meistern, die mit dem Studium in den USA verbunden sind.

Die österreichische Gesetzesänderung könnte in diesem Kontext einen interessanten Kontrast darstellen, da sie darauf abzielt, die Anstellung von US-Forschern zu erleichtern, während in den USA selbst eine kritische Situation herrscht, die viele akademische Institutionen und ihre internationalen Studierenden betrifft.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen wurde ein neuer digitaler Studierendenausweis beschlossen, der ab dem Sommersemester 2026 angeboten werden soll. Dieser wird über die App „eAusweise“ zugänglich sein und erfordert eine elektronische Identität, um die Integration in eine zunehmend digitalisierte Hochschullandschaft in Österreich zu fördern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.zeit.de• www.zdfheute.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at